

Reformstrategien in kapitalistischen Industriegesellschaften

Ein Literaturbericht (I. Teil)

Prof. Dr. Helga Grebing, geboren 1930 in Berlin, zahlreiche Veröffentlichungen über Fragen des Nationalsozialismus, des Konservatismus und der Arbeiterbewegung. Nach dem Studium zunächst Tätigkeit als Verlagslektor und in der Erwachsenenbildung. 1970 Habilitation; seit 1971 Professor für Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Göttingen.

Wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Entwicklung

Peter von Oertzen bezeichnete es im Vorwort zu den Ende 1973 ausformulierten „Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus“ als „entscheidende politische Existenzfrage für eine reformistische, demokratisch-sozialistische Politik“, „ob es ihr gelingt, die Schlüsselpositionen der kapitalistischen Wirtschaft so wirksam demokratisch zu kontrollieren, daß ein einigermaßen gleichmäßiges Wirtschaftswachstum ohne schwere Umweltschäden bei Sicherung der Arbeitsplätze, kontinuierlich steigendem individuellem und gesellschaftlichem Wohlstand und relativ stabilem Geldwert garantiert werden kann“ (S. 6). Prinzipieller hat er diesen Gedanken in der These 11 gefaßt: „... eine zwingend notwendige materielle Voraussetzung“ für die Errichtung der „klassenlosen Gesellschaft“ ist „eine Entfaltung der Produktivkräfte“, die ein weit über das Erfordernis der unmittelbaren Existenzhaltung hinausreichendes gesellschaftliches Mehrprodukt erbringt: der Beginn einer „Ökonomie des Überflusses“.

Demgegenüber hat *Richard Löwenthal* schon 1972 darauf aufmerksam gemacht, daß entscheidend für das Schicksal der kapitalistischen Industriegesellschaften „wie jeder sozialistischen Alternative“ das Problem der physischen und biologischen Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums werden würde; daß damit aber die „Grundannahme“ jeder industriellen Gesellschaft, der kapitalistischen wie der kommunistischen, nämlich das Wachstum der Produktion, in Frage gestellt werde (S. 18, 19).

Aufgrund dieser Zusammenhänge, d. h. „wegen der weltwirtschaftlichen Risiken und der noch nicht abschätzbaren aus der Verknappung der Ressourcen und der nicht beliebigen Belastbarkeit der Umwelt“ hat sich die Kommission „Orientierungsrahmen '85“ beim Parteivorstand der SPD nicht in der Lage gesehen,

„gegenwärtig eine neue Schätzung der zukünftigen Wachstumsrate unserer Wirtschaft vorzunehmen" (S. 6).

Es wäre angesichts dieser Situation leichtfertig, *Joachim Steffens* Diktum (wie es seinen Kritikern gefällt) als pessimistisch-apokalyptische Vision zurückzuweisen: Der westliche Industriekapitalismus stößt als System an seine Grenzen: „er produziert die Strangulierung seiner Leistungen sowohl innerhalb der Staaten als auch im Weltmaßstab"; er löst mit seiner „hauptsächlich auf Quantität gerichteten, explosionsartigen Entfaltung menschliche und soziale Erschütterungen aus", die zu einer repressiven Aufhebung des Systems drängen, wenn es nicht gelingt, die Erschütterungsdynamik zu einer qualitativen Umwälzung des Systems auszunutzen (S. 171).

Was bleibt unter diesen Perspektiven von einer demokratisch-sozialistischen Politik in transformatorischer Absicht? Wirklich nur die kapitalkonforme Staatsintervention, verknüpft mit dem Versuch, den sozialen Status quo für die Arbeitnehmer zu erhalten, gleichzeitig aber zur selbsttätigen Reduzierung dieses Status quo den Massen eine (Konsum-)Verzichtspolitik zu predigen? Denn: „Der Sicherung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Existenz durch Beherrschung des Wandels in Freiheit ist die Eigengesetzlichkeit und der Eigennutz gesellschaftlicher Teilbereiche untergeordnet, soweit sie mit dem Ziel des Ganzen im Widerspruch stehen" — so sieht es auch *Kurt Biedenkopf*, der Vertreter des dynamischen Flügels in der CDU (vgl. S. 128 ff.).

Zunächst muß man sich konkret vergegenwärtigen, daß es auch in Konsequenz einer Erkenntnis, daß die Grenzen des Wachstums erreicht sein könnten, nicht darum gehen kann, eine Politik der Wachstumsrate Null zu betreiben. Wachstumsverhinderung ist keine Antwort auf die sich stellenden Probleme. Vielmehr muß der Wachstumsprozeß im ganzen, wenn auch verlangsamt, weitergehen, jedenfalls in der kapitalistischen Produktionsweise zur Fortführung des Kapitalverwertungsprozesses und das heißt auch zur Verhinderung von sozialen Kosten (wie strukturelle Arbeitslosigkeit), d. h. es muß Investitionsmöglichkeiten in neuen Wachstumsindustrien geben können. Wie das Beispiel der USA zeigt, kann zwar „das Kapital" mit einem annähernden Nullwachstum relativ schadlos fertig werden. Wer Spielräume für Veränderung erhalten will, kann sich darauf nicht einlassen; es geht ihm vielmehr um zwar „stetiges, aber qualitativ sinnvolles Wirtschaftswachstum" (Orientierungsrahmen S. 22): „erfolgreiche Reformpolitik und qualifiziertes Wirtschaftswachstum bedingen einander" (ebenda). Das bedeutet, daß eine „Rangfolge der Bedürfnisse" (Steffen S. 274) zu suchen ist. Mit dem Begriff „Lebensqualität" — so die Auffassung von *Erhard Eppler* (Alternativen S. 72) — ist ein Maßstab gewonnen, „von dem aus entschieden werden kann, was ökonomisch sinnvoll ist, wo wir Wachstum wollen. wo nicht. Während bisher Lebensqualität im Guten wie im Bösen eine Funktion des Wachstums war, muß jetzt Wachstum zu einer Funktion der Lebensqualität

werden." Daraus ergeben sich Planungsaufgaben, „die zwar nicht unlösbar, aber ihrer Natur nach weit komplizierter sind als die einer Planung, die auf die Stimulierung maximalen Wachstums gerichtet ist" (Löwenthal S. 25 f.). Indessen ist nicht ausgeschlossen, daß diese Lenkungsaufgaben durch das, was *Robert Jungk* sich als eine „dritte industrielle Revolution" abzeichnen sieht (weg von der Massenproduktion, hin zu individueller Produktion mit kleinen Serien mit leicht umprogrammierbaren kleineren, flexibleren automatischen Werkzeugmaschinen unter Verwendung von natürlichen Stoffen, vgl. hierzu Kienner S. 211 ff.), erleichtert werden können.

Diese Modifikationen der Prognose einer notwendig sich ergebenden oder zwangsläufig sich aufdrängenden Wachstumsstagnation hat zwar sicher Bedeutung für die Einzelzüge einer Reformstrategie; sie berühren indessen nicht die prinzipielle Veränderung der Voraussetzungen für eine qualitative Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise: „Die geschichtlichen Triebkräfte, die auf eine sozialistische Umgestaltung von Industriegesellschaften drängen, sind heute von radikal anderer Art" (Löwenthal S. 31) als jene, auf die die sozialistischen Theoretiker seit *Marx* setzten: Die Bedingungen für eine sozialistische Transformation würden erfüllt sein und der Sozialismus siegen, „wenn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu Fesseln für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte geworden wären . . . Was wirklich geschehen ist, ist jedoch, daß unter dem Antrieb des Profitstrebens die *Destruktivkräfte* parallel zu den Produktivkräften zugenommen haben . . . bis zu dem Punkt, wo sie nun drohen, die Produktivkräfte zu überholen . . . Der Ruf nach Sozialismus' verwandelt sich so aus einer Forderung, die Produktivkräfte von den Fesseln des kapitalistischen Eigentums zu *befreien*, in eine Forderung, das vom Profitantrieb hervorgerufene, unkontrollierte Anwachsen dieser Produktivkräfte zu *zügeln*, um ihre destruktiven Wirkungen unter Kontrolle zu bringen" (Löwenthal S. 32; ähnlich auch Hans-Jochen Vogel, Grundfragen S. 56; Eppler, Qualität, S. 115, 116 f.).

Für eine demokratisch-sozialistische Politik bedeutet dies: Die mit der kapitalistischen Produktionsweise gegebenen Widersprüche und Gegensätze sind, wenn auch in ihren Erscheinungsformen verändert, im Prinzip unaufgehoben. Deshalb besteht keine Veranlassung, die „alten" Zielvorstellungen, die auf ihre Aufhebung gerichtet sind, im Prinzip zu korrigieren. Verändert haben sich indessen die Transformationsvoraussetzungen: Statt von der vollen Entfaltung der Produktivkräfte ist von ihrer Fesselung auszugehen, und diese Fesselung stellt **sich** gerade denen als Aufgabe, die eine auf qualitative Veränderung abzielende Politik betreiben wollen. Denn wenn diese Aufgabe nicht gelöst werden kann, stellt sich das Problem, daß es wie für die westliche Zivilisation so auch für den Sozialismus keine Überlebens- bzw. Lebenschance geben könnte. Demokratischer Sozialismus wird also nicht mehr eine „Ökonomie des Überflusses" zur Voraussetzung haben können, sondern eine Ökonomie der Vernunft, d. h. neben anderem ein qualitatives, die humanen Kosten berücksichtigendes Wachstum.

Zu fragen ist deshalb nach den strategischen Konsequenzen der Veränderung der Transformationsvoraussetzungen; zu überprüfen ist, ob eine der Zielprojektion entsprechende Zweck-Mittel-Relation gegeben bleibt.

Die Rolle des Staates bei der Veränderung der Gesellschaft

Joachim Steffen hat in der Februar-Nummer (1975) der „Neuen Gesellschaft“ festgestellt: „Bei allen linksliberalen, sozialistisch-demokratischen Reformparteien können wir beobachten, daß die lenkende und ordnende Rolle des Staates neu entdeckt wird“ (S. 92). Diese Feststellung trifft für ihn selbst ebenso zu wie für alle anderen befragten Autoren, wenngleich — wie zu erwarten — erhebliche Unterschiede in der Beurteilung der Staatsfunktionen in den kapitalistischen Industriegesellschaften und der Rolle des Staates im Transformations- oder auch nur Veränderungsprozeß bestehen.

Für Steffen stehen der Staat in den modernen Industriegesellschaften und der über den Staat vergesellschaftete Kapitalismus in einer engen funktionalen Beziehung. Der Kapitalismus organisiert sich selbst und seine Weiterentwicklung über den Staat, da er nicht mehr die Voraussetzungen seiner Entfaltung und deren Konsequenzen selbst bewältigen kann. Der Staat seinerseits kann jedoch nicht die Voraussetzungen und Konsequenzen des Kapitalwertungsprozesses selbst bestimmen aufgrund des privaten Charakters dieses Prozesses; er bleibt auf das Reagieren und Korrigieren beschränkt (vgl. S. 26 f., 106 f., 171, 174). Der Staat ist zwar nicht das Instrument *des* Monopolkapitals (dieses gibt es als „einheitlich handelnde Einheit nicht“); er kann aber auch nicht „die strukturimmanenten Gesetze des Kapitals“ aufheben (S. 294). Die „innere Logik“ des kapitalistischen Systems, die sich offenbar aus dem „kapitalistischen Wesen“ herleiten läßt (vgl. S. 217, 250), verhindert die Sprengung der Systemgrenzen durch den Staat in seiner vorfindlichen Verfassung.

Der Staat hat zwar auch nach der Auffassung von Steffen in keiner Epoche eine solche Bedeutung und Wirkungsmöglichkeit gehabt wie in den modernen Industriesystemen (s.S. 316), aber damit er seine ihm auch von Steffen zugeordnete transformatorische Aufgabe erfüllen, d. h. zum Machtinstrument der ökonomisch Beherrschten über die Ökonomie werden kann (S. 328), bedarf er selbst erst der qualitativ-inhaltlichen Veränderung. Es besteht die Notwendigkeit, das Machtverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft einerseits und Unternehmertätigkeit andererseits umzukehren (S. 191); funktional und instrumental dagegen hat der Staat schon alles, was seiner besonderen Bedeutung im erforderlichen Transformationsprozeß entspricht: „Der ‚Staat‘ braucht sich ‚nur‘ als das zu verstehen, was er tatsächlich schon ist. Die Lösung aus der selbst vorgenommenen Fesselung in die Struktur des Systems ist die Voraussetzung, daß er werden kann, was er eigentlich schon ist“ (S. 272 f.). „Was ihm tatsächlich fehlt“ — diese Feststellung versteckt Steffen in eine Fußnote (S. 275, Anm. 16) — „ist die volle formale und inhaltliche Verfügungsgewalt über den Mehrwert“. Steffen

muß sich fragen lassen: *Wie* kann der Staat — ein zum handelnden Subjekt erhobenes Wesen ? — werden, was er eigentlich schon ist? *Wie* kann er von wem erhalten, was ihm fehlt? Das Ausmessen der Distanzen zwischen IST und SOLL ergibt noch keine Strategie.

Bei Peter von Oertzen hat der in den Reproduktionsprozeß unmittelbar einbezogene, auf der Grundlage eines Klassenkompromisses beruhende „Staat im Spätkapitalismus“ die Determinanten des Verwertungsprozesses selbst verändert (so in Anlehnung an *Habermas*). Diese Stellung verschafft ihm eine „relative Unabhängigkeit“ und ermöglicht ihm, seine Planungskapazität „auch im Interesse der Gesamtgesellschaft und gegen das Interesse der Kapitaleigner“ zu nutzen. Dies wiederum läßt möglich erscheinen, „den Klassenkompromiß zugunsten der beherrschten Klassen zu verändern“. Das Hauptproblem des Staates dabei ist, seine Aufgabe zu erfüllen, ohne daß die den Klassenkompromiß tragenden gesellschaftlichen Kräfte ihm die Handlungsbevollmächtigung entziehen: weder darf der Akkumulationsprozeß beeinträchtigt werden noch dürfen grobe soziale Ungerechtigkeiten entstehen. Als „praktische Konsequenz“ dieser Überlegungen ergibt sich für von Oertzen: „Die sozialistische Bewegung darf den Staat nicht bloß bekämpfen, sie muß ihn erobern; sie kann den Staatsapparat nicht ‚zerbrechen‘ (wie Marx es meinte), denn sie braucht ihn und muß ihn benutzen, sie kann ihn nur kontrollieren und schrittweise demokratisch verändern“ (vgl. Thesen 25, 25a). In der konkreteren Fassung des Orientierungsrahmens heißt dies: „Angesichts der Bedeutung der Staatsfunktionen in der hochindustrialisierten Gesellschaft müssen Sozialdemokraten Regierungsverantwortung in Bund, Ländern und Gemeinden erringen und erhalten. Dies ist die Voraussetzung einer wirksamen sozialdemokratischen Strategie“ (Teil A, 2.4.7).

Während Steffen dem Staat die systemqualitätsverändernden autonomen Handlungsmöglichkeiten gegenüber dem Produktions- und Zirkulationsprozeß des Kapitals bestreitet, hat von Oertzen einen dynamisch-dialektischen Prozeß sowohl der Verstaatlichung des Kapitalismus als auch der Vergesellschaftung des Staates im Sinn. Das heißt, der Staat hat nicht nur gewisse autonome Handlungsmöglichkeiten, sondern er ist auch von anderen gesellschaftlich-ökonomischen Kräften als denen des Monopolkapitals beeinflussbar; je nach dem Druck der gesellschaftlichen Kräfte ist er zwar nicht, auch nicht relativ, „klassenneutral“ oder „klassenunabhängig“ denkbar (wie Oertzen oft fälschlich unterstellt wird), wohl aber funktional klassenspezifisch prägnant, also auch von der „Klasse der Beherrschten“ oder — in anderen Kategorien ausgedrückt —: von den ökonomisch noch weitgehend machtlosen Produzenten. (Zu dem mit diesen Bemerkungen angedeuteten „Thesenstreit um Stamokap“ und die verschiedenen Positionen, die dazu eingenommen worden sind, vgl. neuerdings die von Kremendahl/Mayer im Anhang aufgeführten Bände.) Der auf einem Klassenkompromiß beruhende Staat wird funktionsfähig im transformatorischen Sinne nur im Zusammenhang mit der spezifischen Form der „Doppelstrategie“, wie sie von Oertzen versteht:

Eine Veränderung der Gesellschaft durch sozialistische Strukturreformen ist auf dem Wege über den Staatsapparat allein nicht zu erreichen; es bedarf der gleichzeitigen, unablässigen, breiten, in der gesamten Gesellschaft wurzelnden, gegebenenfalls gegenmachtbildenden Bewegung außerhalb der Institutionen (vgl. Vorwort, Thesen 30, 49).

Die Berücksichtigung der Erwägungen von Oertzens über die „Doppelstrategie“ setzt die meisten Einwände gegen seine angebliche „Staatsillusion“ außer Kraft. Es bleibt aber die Antwort auf die Frage offen, ob der „Klassenkompromiß“ etwa nur in Wachstumsperioden, die ausreichend Mehrwertschöpfung garantieren, funktioniert und also auf der Voraussetzung beruht, daß das vom Staat gehandhabte Instrumentarium die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus zu vermeiden vermag. Es muß auch überprüft werden, ob der Staat unter den Bedingungen von Wachstumsstagnation und langfristigen Konjunkturschwankungen überhaupt noch einen Manövrierraum für die Initiierung und Finanzierung von Reformvorhaben haben kann, ob er sich nicht darin erschöpfen muß, alle Ressourcen für konjunkturpolitische Maßnahmen zurückzuhalten oder zur Anwendung zu bringen, ohne jedoch die private ökonomische Entscheidungsbefugnis antasten zu können (so Rolle und Aufgaben S. 16)? Oder werden die bereits vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten gegenüber dem wirtschaftlichen Bereich von den staatlichen Institutionen nicht ausgeschöpft (OR Teil A 2.4.7)? Geklärt werden muß auch, ob im Zuge der sich noch verstärkenden Konzentration die Durchsetzungsfähigkeit von Kapitalinteressen bei staatlichen Entscheidungen gewachsen ist, ob staatliches Handeln nicht durch die Entscheidungen der Konzerne bereits vorbestimmt wird (vgl. Rolle und Aufgaben S. 16, 18, 21, 22, 53). Selbst wenn dies so sein sollte, bliebe immer noch die Möglichkeit des Staates, für die Arbeitnehmer bedeutsame Eingriffe durchzuführen (dies wird auch von Skeptikern eingeräumt: Rolle und Aufgaben S. 17, 53); und wenn staatliches Handeln sich an der Stärke des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Druckes orientiert, käme es unter den gegebenen Bedingungen entscheidend darauf an, daß dieser Druck von den Arbeitnehmern trotz des strukturellen Machtungleichgewichts auf ihrer Seite auch massiv ausgeübt wird. Hier zeigen sich Sinn und Berechtigung der von Oertzen offerierten Doppelstrategie.

Auch Autoren, die sich nicht so systematisch in einem konzeptionellen Zusammenhang mit der Rolle des Staates im Transformations- oder auch nur Veränderungsprozeß befaßt haben wie Steffen und von Oertzen, weisen dem Staat eine ähnlich vorrangige Bedeutung zu. *Arndt/Voigt* vermissen zwar klare Aussagen über das „Wesen“ des Staates im Godesberger Grundsatzprogramm — ein Problem, das sich einem historisch-dialektischen Denken, dem es um die jeweils historisch-konkreten Ausformungen von herrscherlicher Gewalt geht, nicht stellen sollte —; sie kommen dann aber doch mit der dynamisch-dialektischen Verwendung des Staates als eines Ensembles von in je spezifischer Weise instrumentell benutzbaren Herrschaftsfunktionen von Oertzen nahe: „... je weiter

der Prozeß der Demokratisierung in allen Lebensbereichen voranschreitet, um so mehr wird der demokratische Staat zu einem Werkzeug der breiten Massen des arbeitenden Volkes der Arbeitnehmer, um die unzulässige Machtausübung aufgrund der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Arbeitsplätze abzuschaffen" (S. 259). Auch Eppler (Qualität, S. 117) betont die Doppelfunktion des Staates — sowohl stabilisierend als auch verändernd zu wirken —, und warnt davor, „womöglich den Kampf gegen den Staatsapparat für sozialistische Politik" zu halten.

Während von den bisher erwähnten Autoren dem Staat zwar eine bedeutende, aber keineswegs die entscheidende Kompetenz bei der Durchsetzung von Reformvorhaben zugewiesen wird, sieht *Vogel* nur den Staat dazu in der Lage, „die komplizierten Mechanismen unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit" zu ändern und „ohne Bruch der Kontinuität auf neue Ziele" zu richten (S. 67 f.), denn jenseits des Staates beginnt für ihn das große Chaos. *A. und G. Schwan* dagegen meinen, daran festhalten zu sollen, daß „die Konkurrenz der Vielfalt von Interessen und Meinungen, organisiert in großen öffentlichkeitswirksamen Gruppen und Institutionen", „immer noch das beste Mittel" sei, „um zu einer jeweils relativen, befristeten, überprüfbaren und wandlungs- und entwicklungsfähigen Gemeinwohlverwirklichung zu gelangen" (S. 332). Allerdings sind auch sie der Auffassung, daß die Befugnisse der staatlichen, demokratisch legitimierten Organe verstärkt werden müssen: „Das muß ein moderner Pluralismus sehen, akzeptieren und vertreten" (ebenda). Abgesehen davon, daß hier wieder einmal einem Begriff („der Pluralismus") die Fähigkeiten eines vernünftig handelnden Wesens zugewiesen werden, sprechen die Tatsachen manifest gegen den frommen Wunsch.

Da nun das „Absterben des Staates" nicht stattfinden wird — der staatliche Apparat wird nicht nur aufrechterhalten bleiben, sondern immer komplizierter werden (so *Kierner* S. 250 f., auch *Steffen* „glaubt" nicht an das Absterben des Staates vgl. S. 197) —, wird es auf die Verbesserung seiner demokratisch effizienten Qualität ankommen; dies bedeutet für den österreichischen Bundeskanzler *Bruno Kreisky*, einem Inhaber umfassender staatlicher Herrschaftsfunktionen also, Reform und Erneuerung der überlieferten Demokratie, damit sie zu einem umfassenden Instrument „demokratischer Kontrolle" werden kann. Diese demokratische Kontrolle scheint *Kreisky* am besten gewährleistet durch eine „Kombination" von echter Volksrepräsentation und Fachleuten (S. 161, ähnlich urteilt *Fritz Kierner*, der langjährige Generaldirektor der österreichischen Bank für Arbeit und Wirtschaft, vgl. S. 350). Denn die von den demokratischen Institutionen zu erfüllende Aufgabe, für die sie instand gesetzt werden müssen, ist nach *Kreisky* die wirtschaftliche Macht und ihre politische Zusammenballung effektiv zu kontrollieren, zu korrigieren, sogar zu neutralisieren, damit „in einem sich immer wieder zu erneuernden Prozeß gesellschaftliche Strukturveränderungen in sozialistische Richtung" herbeigeführt werden können (S. 159).*)

*) Die Literaturhinweise zu diesem Beitrag folgen zusammen mit dem zweiten Teil dieses Literaturberichts im nächsten Heft.